

# Keine organisierte Partei

## Das Zweiparteiensystem in den Vereinigten Staaten vom späten neunzehnten Jahrhundert bis heute

(Leider ist das hier keine sorgfältig durchgearbeitete akademische Arbeit mit Fußnoten oder so etwas in der Art. Wer diesen Text als Grundlage für so etwas verwenden will, muss die entsprechenden Informationen woanders nochmal nachschlagen.)

Da bei Wahlen in den USA fast immer die eine oder andere Form des Mehrheitswahlrechts angewendet wird, werden Stimmen, die für kleinere Parteien abgegeben werden, praktisch „verschwendet“. Darum wählen die meisten Leute lieber eine von zwei großen Parteien, was praktisch zu einem Zweiparteiensystem führt. Der vornehme akademische Ausdruck dafür ist „Duvergers Gesetz“. Daher gab es in den USA meistens nur zwei ernsthafte politische Parteien - auf der lokalen Ebene an vielen Orten oft sogar nur eine - und während sich die Strukturen und Namen dieser Parteien in den ersten 90 Jahren der Geschichte des Landes (also ungefähr 1776-1866) manchmal verändert haben, waren es seit den 1870er-Jahren meistens die Demokraten und die Republikaner.

Gleichzeitig waren die Vereinigten Staaten praktisch ihre ganze Geschichte über zu groß und kompliziert, um wirklich nur zwei große politische Positionen zu haben. Und so waren beide Parteien meistens intern Bündnisse aus allen möglichen verschiedenen Gruppen. Während in Ländern mit mehreren Parteien häufig verschiedene Parteien miteinander Koalitionen bilden, fand und findet die Koalitionsbildung in den USA *innerhalb* der zwei großen Parteien statt.

Aber welche Gruppen sich welcher Partei anschlossen, hat sich im Laufe der Zeit teilweise sehr dramatisch verändert - auch wenn einige Anhänger der Republikanischen Partei manchmal so tun, als ob beide Parteien immer noch das wären, was sie 1870 waren. Und darum soll es hier gehen. Ich fange mit der Zusammensetzung der Parteien im späten 19. Jahrhundert an. Der Einfachheit halber behandle ich erst die Innenpolitik und dann erst am Ende die Außenpolitik. Die Reihenfolge des Textes ist teilweise nach Zeit, teilweise nach Themen sortiert.

Beschreibungen meines Eindrucks von den Perspektiven anderer Menschen sind natürlich nicht immer Beschreibungen meiner eigenen Meinung!

Kleine Anmerkung zu einem bestimmten Aspekt der damaligen politischen Kultur der USA: Als das Land gegründet wurde, war es eine neue Republik in einer

überwiegend monarchistischen Welt, und es gab für eine Weile einige sehr idealistische Vorstellungen davon, wie republikanische Staatsformen funktionieren sollten. Teil davon war, dass Politiker sich idealerweise gar nicht um Ämter bewerben sollten, sondern sich ganz auf ihre privaten Angelegenheiten konzentrieren sollten und sich nur sehr zögerlich, mit sehr viel Überzeugungsarbeit, von ihren Mitbürgern dazu überreden lassen sollten, öffentliche Ämter zu übernehmen.

Das war natürlich von Anfang an größtenteils Quatsch, aber noch bis ins frühe 20. Jahrhundert wurde es in einigen Zusammenhängen als Sache der guten Manieren angesehen, so zu tun, als ob es stimmen würde. Ein Ergebnis war, dass lange Zeit Präsidentschaftskandidaten der großen Parteien gar nicht die Parteitage besuchten, bei denen sie offiziell für die Präsidentschaft nominiert wurden. Es sollte ja schließlich nicht so aussehen, als ob sie wirklich Präsident werden wollten. Erst 1932 brach Franklin D. Roosevelt mit dieser Tradition.

Wo wir gerade beim Thema Wahljahre sind: US-Wahlen finden in der Regel im November statt, und der Amtsantritt der gewählten Kandidaten früh im nächsten Jahr. Wann genau, hat sich im Laufe der Geschichte geändert und ist auch von Amt zu Amt verschieden. Das kann verwirrend sein, wenn man hört, dass jemand in einem Jahr gewählt wurde und seine Amtszeit dann vom nächsten Jahr an datiert wird.

### **Ausgangssituation**

Zurück zum Hauptthema. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert waren die Hauptbestandteile der Republikanischen Partei

1. das Establishment des Nordostens der USA – die großen, reichen und fest etablierten Familien
2. Geschäftsleute in den meisten Teilen des Landes, aber damals meistens nicht im Süden
3. Leute in vielen ländlichen Gegenden außerhalb des Südens, und
4. einige der relativ wenigen Schwarzen, die das „Glück“ hatten, an Orten zu leben, an denen sie ohne größere Schwierigkeiten wählen konnten, und die sich noch an die Republikaner als Partei Abraham Lincolns gebunden fühlten.

Die Demokratische Partei bestand in erster Linie aus einer Reihe von Gruppen, die wenig miteinander gemeinsam hatten, außer, dass sie alle aus verschiedenen Gründen das Establishment des Nordostens hassten. In erster Linie waren das Leute in Großstädten, im Nordosten aber auch anderswo, die selber nicht zum Establishment gehörten, und Weiße im Süden, die ihr eigenes Establishment hatten, das noch frische

und bittere Erinnerungen an die Zeit hatte, als es einen sehr blutigen Bürgerkrieg gegen das Establishment des Nordostens geführt hatte.

Die nicht zum Establishment gehörenden Wähler der Demokraten in den Großstädten waren meistens Einwanderer aus verschiedenen Teilen Europas und Leute, deren Vorfahren vor relativ wenigen Generationen von dort eingewandert waren. An vielen Orten waren sie größtenteils Katholiken und zu geringerem Ausmaß Juden oder orthodoxe Christen. Das Establishment hatte dagegen den Ruf, aus „WASPs“ zu bestehen – weißen angelsächsischen Protestanten.

Gleichzeitig waren Weiße im Süden zu der Zeit neben ihren anderen weit verbreiteten Vorurteilen meistens auch entschieden antikatholisch eingestellt. Man kann also stark vereinfacht sagen, dass die Demokratische Partei zu dieser Zeit ein Bündnis aus Katholiken im Norden und entschieden antikatholischen Leuten im Süden war. Das hat manchmal geklappt, aber nicht immer.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 1884 beschrieb ein protestantischer Pastor bei einer Wahlkampfveranstaltung der Republikaner die Demokraten als eine Partei von „Rum, Romanismus und Rebellion“. Der Stabreim funktioniert auch im englischen Original. Er meinte damit, die Demokraten wären erstens in der Debatte darüber, ob Alkohol verboten werden sollte, für Alkohol – mehr darüber später – zweitens wären sie die Partei der Katholiken, und drittens die Partei der Weißen im Süden, die während des Bürgerkrieges gegen den Bund rebellierte hatten. Übrigens gewann der demokratische Kandidat in dem Jahr die Präsidentschaftswahl.

Ein halbes Jahrhundert später, in den 1930er Jahren, sagte der Humorist Will Rogers über die häufigen inneren Spannungen der Demokratischen Partei: „Ich gehöre zu keiner organisierten politischen Partei. Ich bin Demokrat.“ Damit meinte er *nicht*, dass er aus Prinzip nur für die Demokratie und nicht für bestimmte Parteien wäre, sondern, dass die Demokraten so schlecht organisiert waren, dass man sie nicht wirklich als *organisierte* politische Partei bezeichnen könnte.

Da im Süden zu der Zeit Schwarze nicht wählen konnten und Weiße noch sehr entschieden gegen die Partei Abraham Lincolns eingestellt waren, konnten die Politiker der Demokraten im Süden, die man „*Dixiecrats*“ nannte, ihren Teil des Landes nicht nur als ein de-facto Apartheidssystem, sondern auch praktisch als Einparteienstaat führen. Ihre ungeschriebene Vereinbarung mit den Demokraten im Rest des Landes war, dass sie im Süden machen konnten, was sie wollten – und das waren häufig sehr, sehr schlimme Sachen – und dafür auf der Bundesebene zuverlässig die Demokratische Partei unterstützten.

Eines der Mittel, die die *Dixiecrats* benutzen konnten, um ihre Machtposition zu erhalten, war eine interne Vorschrift der Demokratischen Partei, nach der ein

Präsidentenskandidat für seine Nominierung die Stimmen von zwei Dritteln der Parteitage delegierten brauchte. Das gab dem weißen Süden praktisch ein Veto gegen Kandidaten, die er unakzeptabel fand. Diese Vorschrift wurde erst 1936 aufgehoben.

Ein anderes Mittel war der „*filibuster*“ im US-Senat.

## **Der Filibuster**

Das Wort „*filibuster*“ leitet sich ursprünglich vom niederländischen Wort „*vrijbouter*“ her, ein Wort das, Überraschung, ungefähr dem deutschen Wort „Freibeuter“ entspricht. In einer Zeit, in der viele niederländische Piraten spanische Schiffe enterten, wurde es als „*filibustero*“ ins Spanische übernommen. Irgendwie fand es dann seinen Weg in die englische Sprache, und endete dort als ein Wort für eine bestimmte parlamentarische Taktik. Nämlich, dass bei einer Debatte einige der Teilnehmer durch sehr lange Reden die Debatte „entern“, und es unmöglich machen, über den Antrag, um den es geht, überhaupt erst abzustimmen.

Diese Methode wurde und wird besonders im US-Senat angewendet. Ein ganz auf sich allein gestellter Senator kann natürlich mit einem Filibuster nicht viel erreichen, weil er irgendwann einfach körperlich nicht mehr weiterreden kann. Aber eine kleine Gruppe von gleichgesinnten Senatoren kann, wenn sie sich abwechseln, auf diese Art eine Abstimmung über etwas praktisch für immer verhindern.

In der Praxis war es lange Zeit die ungeschriebene Vereinbarung im Senat, dass die jeweilige Mehrheitsfraktion zustimmte, die Möglichkeit, einen Filibuster durchzuführen, in der Geschäftsordnung des Senats zu belassen, und im Gegenzug die jeweilige Minderheitsfraktion den Filibuster nur dann tatsächlich einsetzte, wenn ihr die Blockade eines bestimmten Antrags wirklich sehr wichtig war. Einer der häufigsten Anlässe dafür war es, wenn die Senatoren des Südens auf diese Art Gesetze verhinderten, die versuchten, etwas an der extrem rassistischen Art, auf die der Süden beherrscht wurde, zu ändern.

Die eben genannte ungeschriebene Vereinbarung hielt mehr oder weniger so lange, bis während der Präsidentschaft Barack Obamas die Republikaner im Senat anfangen, praktisch dauernd mit dem Filibuster zu drohen. Ursprünglich brauchte man laut Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit, um einen Filibuster zu brechen; später eine Drei-Fünftel-Mehrheit; und seit relativ kurzer Zeit bei Abstimmungen über Ernennungen nur noch eine absolute Mehrheit.

Eine weitere Stütze der Macht der *Dixiecrats* im frühen und mittleren 20. Jahrhundert war das Senioritätssystem im US-Kongress, das manchmal von seinen Gegnern als „Senilitätssystem“ bezeichnet wurde. Die Posten der Vorsitzenden von Ausschüssen wurden und werden an die Mitglieder der Mehrheitsfraktion der jeweiligen Kammer mit den längsten Amtszeiten gegeben. Und weil Politiker der *Dixiecrats*, wenn sie

einmal im Amt waren, meistens wiedergewählt werden konnten, so lange sie es wollten, stellten sie in Zeiten, in denen die Demokraten die Mehrheit hatten, die meisten Ausschussvorsitzenden. Außerdem ermöglichte und ermöglicht es die Geschäftsordnung meistens den Ausschussvorsitzenden, Sachen, die an ihre Ausschüsse verwiesen worden waren, zu blockieren, wenn sie das wollten.

## **Maschinen und Bosse**

Für lange Zeiten im 19. und 20. Jahrhundert wurde die Kommunalpolitik in großen Teilen der USA von Organisationen dominiert, die man als „*machines*“, also „Maschinen“, bezeichnete. Eine *machine* war eine Kombination aus Parteiapparat und Klüngelnetzwerk, die Gefälligkeiten gegen Unterstützung austauschte und sich so an der Macht hielt. Viele *machines* waren Organisationen der Demokraten, aber es gab sie auch bei den Republikanern.

Das Grundprinzip war, dass die *machine* durch ihre dominante Stellung in der Politik und ihre Kontakte einfache Leute mit Arbeitsplätzen, Geschäftsleute mit staatlichen Aufträgen, und allgemein Leute, die bei irgend etwas Hilfe brauchten, mit der entsprechenden Hilfe versorgen konnte. So waren viele Leute der *machine* Gefallen schuldig, und erinnerten sich daran, wenn es entweder eine Wahl gab, oder die *machine* im Gegenzug irgend etwas anderes von ihnen wollte. Die Unterstützung dieser Leute sorgte dafür, dass die *machine* in der örtlichen Politik dominant blieb und dadurch weiterhin ihre Gefallen verteilen konnte. Und so ging es weiter und weiter. Besonders neue Einwanderer waren häufig sehr darauf angewiesen, dass die *machine* ihnen dabei half, sich in einem neuen Land zurechtzufinden.

An der Spitze der *machine* stand der *boss*. Manchmal war das ein Bürgermeister, manchmal ein Stadtrat, manchmal der Leiter einer örtlichen Parteiorganisation, und vielleicht manchmal sogar ein Mann, der offiziell gar kein Amt innehatte, bei dem aber trotzdem alle wussten, dass er das Sagen hatte. Der vielleicht bekannteste und berüchtigtste *boss* war Boss Tweed, der im späten 19. Jahrhundert in New York *Tammany Hall*, die bekannteste aller *machines*, führte. Tweed soll so offen schamlos gewesen sein, das gesagt wird, er hätte einmal, als ihm ein Journalist Beweise für seine korrupten Machenschaften vorlegte, als Antwort einfach gefragt: „Und, was wollen Sie dagegen machen?“

Republikaner behaupten manchmal, die Anhänger der Demokraten in den großen Städten wären alles *machine*-Leute, aber in vielen Städten gab es häufig lange Zeit *innerhalb* der örtlichen Demokratischen Partei erbitterte Kämpfe zwischen der örtlichen *machine* und ihren Gegnern.

Eine letzte kleine Geschichte zur Illustration des Politikstils der *machines*: Es wird gesagt, dass im Chicago der späten 1940er Jahre ein idealistischer junger Mann namens Abner Mikva politisch aktiv werden wollte. Da ernsthafte Politik dort zu der

Zeit nur von den Demokraten gemacht wurde, ging er ins nächste Büro der Demokratischen Partei und wurde schließlich zum Stadtteilboss geführt. Nachdem Mikva sich vorgestellt hatte, nahm der Stadtteilboss seine Zigarre aus dem Mund und fragte: „Wer hat Sie geschickt?“ Mikva antwortete: „Niemand hat mich geschickt. Ich bin aus eigener Initiative gekommen.“ Und daraufhin sagte der Stadtteilboss: „Wir wollen hier niemanden, den niemand geschickt hat!“

## **Der Streit um Gold und Silber**

Eine aus heutiger Sicht ziemlich merkwürdige Eigenart der US-Politik im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war ein sehr heftiger Kampf um einen bestimmten Aspekt der Währungspolitik.

Papiergeld spielte damals noch nicht so eine wichtige Rolle, wie es das später tun würde, und es war sowieso fest an den Wert von Gold gebunden. Dadurch waren Münzen, die zu der Zeit noch wirklich aus Gold und Silber bestanden, sehr wichtig. Die bestehende Vorschrift war, dass das Verhältnis zwischen dem Wert von Gold und dem Wert von Silber dauerhaft konstant gehalten wurde, indem die zuständigen Behörden künstlich beschränkten, wie viele Silbermünzen geprägt wurden.

Es war aber damals schon vielen Menschen klar, dass die *Geldmenge*, also die Gesamtmenge von Geld, die in der Wirtschaft überhaupt im Umlauf ist, wichtige Auswirkungen darauf haben kann, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Und so fingen im späten 19. Jahrhundert immer mehr Menschen an, zu verlangen, dass das feste Verhältnis zwischen dem Wert von Gold und Silber aufgegeben werden sollte, und stattdessen so viele Silbermünzen geprägt werden sollten, wie durch die Produktion der Silberbergwerke überhaupt geprägt werden konnten. Das sollte die Geldmenge erhöhen, was wiederum alle möglichen angenehmen Auswirkungen haben sollte.

In diesem Streit waren meistens die Demokraten für die unbeschränkte Prägung von Silbermünzen und die Republikaner für die Beibehaltung der bestehenden Politik. Es gab aber in beiden Parteien Minderheiten, die sich bei diesem Thema auf die Seite der jeweils anderen Partei stellten. Trotz allem wurde die traditionelle Politik, der „Goldstandard“, beibehalten, bis die USA irgendwann zu nicht mehr an Gold gebundenen Papiergeld wechselten. Man kann also sehen, dass in der Politik der Vergangenheit manchmal aus moderner Sicht nicht nur die Positionen und Entscheidungen verschiedener Menschen, sondern sogar die Themen, um die es überhaupt ging, verwirrend sein können.

## **Die Parteien und das Alkoholverbot**

1919 wurde ein Zusatzartikel zur Verfassung der USA ratifiziert, der ab 1920 landesweit die Produktion, den Import und den Verkauf von alkoholischen Getränken verbot – die „Prohibition“. 1933 wurde dieser Zusatzartikel durch einen anderen

Zusatzartikel wieder aufgehoben. Hinter dieser kurzen trockenen Zusammenfassung verbirgt sich ein mehrere Generationen dauerndes Drama, in dem sehr viele verschiedene Menschen sich leidenschaftlich für oder gegen sehr viele verschiedene Sachen einsetzten.

Leute, die sich erst gegen Alkohol und dann direkt für das Verbot von Alkohol einsetzten, gab es in den USA in ernsthaften Mengen mindestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Das hatte verschiedene Gründe; unter anderem, dass die Gesellschaft sich bestimmte Trinkgewohnheiten sehr viel früher zugelegt hatte, als „Alkohol“ in der Praxis meistens Bier oder Apfelwein bedeutete, und dann die selben Gewohnheiten beibehielt, als es seit dem 18. Jahrhundert immer mehr Zugang zu *destilliertem* Alkohol gab. Das hatte ungefähr die Folgen, die man sich jetzt vielleicht vorstellt.

Dazu kamen religiöse Gründe. In Deutschland ist mit dem Wort „Christentum“ meistens entweder die Katholische Kirche mit ihrer langen Tradition der Klosterbrauereien oder die Evangelische Kirche, deren früheste Vorläufer vom bekennenden Bierliebhaber Martin Luther gegründet worden waren, gemeint. Aber die Versionen des protestantischen Christentums, die in den englischsprachigen Ländern verbreitet sind, wurden häufig durch Jean Calvins strengere Version der Reformation beeinflusst, und haben darum oft entschiedenere Meinungen, wenn es um Sachen geht, die vielen Menschen Spaß machen, wie zum Beispiel Alkohol. Auch beim Abendmahl verwenden einige dieser Kirchen lieber Traubensaft als Wein.

Außerdem war die Bewegung gegen Alkohol eng mit der frühen Phase der Frauenbewegung verbunden. Ein großer Teil der Unterstützung kam von Ehefrauen, die genug davon hatten, was der Alkoholkonsum mit ihren Ehemännern machte. Und die Bewegung für die Einführung des Frauenwahlrechts bekam im Gegenzug sehr viel Zulauf von Frauen, die durch ihre Arbeit gegen Alkohol allgemein Geschmack am politischen Aktivismus gefunden hatten.

Als eine Entwicklung, die sehr stark von calvinistischen Formen des Protestantismus geprägt war und sehr viel Unterstützung auf dem Land hatte, kam die Bewegung für das Alkoholverbot bei den katholischen Einwanderern in den Großstädten nicht besonders gut an. Weder Iren noch Italiener noch Deutsche noch Osteuropäer konnten sich besonders für die Idee begeistern. Das bedeutete, dass insgesamt mehr Republikaner für und mehr Demokraten gegen das Alkoholverbot waren, aber es gab in beiden großen Parteien viel Streit um dieses Thema. Einer der wichtigsten Anhänger des Verbots war der dreimal gescheiterte Präsidentschaftskandidat der Demokraten, William Jennings Bryan – unter anderem ein christlicher Fundamentalist und einer der talentiertesten Redner seiner Zeit.

Die Anhänger des Alkoholverbots dachten teilweise bewusst langfristig. Zum Beispiel nutzten sie ihren langsam wachsenden politischen Einfluss, um in immer

mehr staatlichen Schulen viele Informationsmaterialien zum Thema „schlechte Auswirkungen des Alkohols“ auf die Lehrpläne zu setzen. Teilweise waren das echte Informationen, teilweise starke Übertreibungen, teilweise reine Phantasie. Eine Weile später waren die Leute, die als Kinder alle diese Sachen gelernt hatten, alt genug, um zu wählen.

Schließlich sollte erwähnt werden, dass auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen bei dieser Sache eine Rolle spielten. Es ist vielleicht etwas peinlich, das offen zu sagen, weil es so klischeehaft ist, aber fast alle großen Brauereifirmen in den USA waren ursprünglich mal im 19. Jahrhundert von deutschen Auswanderern gegründet worden. Und es ist kein Zufall, dass das Alkoholverbot kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs endgültig durchgekommen war, als es noch eine weit verbreitete Stimmung gegen alles deutsche gab. Während der 19 Monate, in denen die USA am Ersten Weltkrieg teilnahmen (April 1917 bis November 1918) konzentrierten sich die Anhänger des Verbots auf Botschaften nach dem Motto: *Wir haben deutsche Feinde in Europa, gegen die unsere Soldaten an der Front kämpfen, aber wir haben auch deutsche Feinde hier zu Hause in Amerika, die unsere Familien mit ihrem Bier vergiften!*

Und so wurde das Ganze beschlossen und trat ein Jahr später in Kraft. Gut, fairerweise sollte man sagen, dass in der Zeit des Alkoholverbots wirklich sehr viel weniger Alkohol getrunken wurde als vorher. Aber eben immer noch sehr viel. Viele Leute, die sich vorher praktisch immer brav an die Gesetze gehalten hatten, wurden jetzt zu Kriminellen. Viel von ihrem Geld landete in den Taschen von Schwarzbrennern und Schmugglern, so dass die organisierte Kriminalität immer reicher, mächtiger und einflussreicher wurde. Kämpfe zwischen verschiedenen Kriminellen wurden immer offener und brutaler. Immer mehr Staatsbedienstete wurden immer korrupter. Und trotz aller Anstrengungen hörten viele Leute einfach nicht auf, zu trinken.

So kamen immer mehr Menschen zu dem Schluss, dass das Alkoholverbot ein katastrophaler Fehler gewesen war. Inzwischen wurde die Republikanische Partei aber fast vollständig von Anhängern des Verbots kontrolliert, und sie gewann alle drei Präsidentschaftswahlen der 1920er Jahre mit großem Vorsprung. Außerdem erreichte sie eine starke Beschränkung der Einwanderung aus gerade denjenigen europäischen Ländern, aus denen viele der Einwanderer, die Alkohol so gerne mochten, gekommen waren. Der Streit zwischen verschiedenen Abstammungen innerhalb der Bevölkerung spitzte sich, auch und gerade durch den Streit um den Alkohol, immer stärker zu.

Besonders intensiv wurden diese Spannungen während der Präsidentschaftswahl von 1928. Nachdem die Demokratische Partei sich jahrzehntelang immer stärker auf katholische Wähler, und seit der vor kurzem erreichten Einführung des Frauenwahlrechts auch Wählerinnen, verlassen hatte, nominierte sie jetzt zum ersten Mal einen Katholiken, den teilweise aus Irland stammenden New Yorker Gouverneur



Al Smith, für die Präsidentschaft. Die feindselige Reaktion darauf war extrem intensiv. Viele protestantische Republikaner behaupteten, Smith würde als Präsident die USA zu einer Diktatur des Papstes machen. Smith verlor mit sehr großem Rückstand.

Sogar in Teilen des Südens ging der Anteil der Demokraten am Wahlergebnis zurück. Weiße aus dem Süden sahen zu der Zeit die Republikaner noch als die Partei Abraham Lincolns an, den sie immer noch sehr hassten. Aber sogar viele weiße Wähler dort sahen jetzt einen Republikaner als das kleinere Übel im Vergleich zu einem Katholiken an. Die Demokraten waren durch das Ganze so schockiert, dass sie erst 1960 mit John F. Kennedy wieder einen katholischen Präsidentschaftskandidaten aufstellten.

Ein Grund für die Erfolge der Republikaner in den 1920er Jahren war die zu der Zeit unter ihrer Führung boomende Wirtschaft. Immer mehr Menschen ging es in ihrem eigenen Leben trotz Alkoholverbot und Kriminalität immer besser. Der Kandidat der Republikaner in der gerade erwähnten Wahl von 1928, Herbert Hoover, sagte, sein Ziel wäre ein Huhn in jedem Topf – dieser Teil der Aussage stammt angeblich von einem französischen König des frühen 17. Jahrhunderts – und ein Auto in jeder Garage.

Dann brach 1929, in Hoovers erstem Amtsjahr, an der Wall Street die Börse zusammen, und die Weltwirtschaftskrise begann. Nach einer Weile waren nicht nur unglaublich viele Menschen arbeitslos, sondern auch viele Fabriken lagen still, und viele Leute verloren ihre Ersparnisse, weil ihre Banken zahlungsunfähig wurden.

Hoover reagierte darauf mit Sparprogrammen, die nicht viel bewirkten, und sagte ab und zu, Erholung wäre direkt um die Ecke. Wenn Obdachlose sich zusammen viele Hütten aus Pappe und Wellblech bauten, um darin zu schlafen, nannten einige Leute die Ansammlungen dieser Hütten „Hoovervilles“, also „Hoover-Dörfer“.

Die Demokraten gewannen die nächsten Kongresswahlen und die nächste Präsidentschaftswahl mit weitem Vorsprung. Inzwischen waren sie solide für die Aufhebung des Alkoholverbots, und das setzten sie dann 1933 auch durch.

Als Nachtrag sollte ich erwähnen, dass sich in den heutigen Debatten darüber, ob einige traditionell illegale Drogen freigegeben werden sollten, einige Anhänger der Freigabe gerne auf das Scheitern des Alkoholverbots berufen.

### **Für oder gegen Roosevelt?**

Die Weltwirtschaftskrise sorgte 1932 zum Wahlsieg des Kandidaten der Demokraten, Franklin D. Roosevelt. Er sollte nicht mit dem früheren republikanischen Präsidenten

Theodore Roosevelt verwechselt werden, auch wenn das ein entfernter Verwandter von ihm und der Onkel seiner Ehefrau war.

Roosevelt reagierte auf die Krise durch das Programm des „*New Deal*“, das größtenteils aus massiven Konjunkturprogrammen bestand. Während in Deutschland die Idee, zu versuchen, durch große staatliche Bauprogramme die Arbeitslosigkeit zu verringern, traditionell meistens mit Hitler verknüpft wird, wird sie in den USA häufig mit dessen Zeitgenossen und entschiedenen Gegner Roosevelt verknüpft.

Das war ein stärkerer Eingriff der Bundesbehörden in die Wirtschaft, als es ihn in den USA je zuvor gegeben hatte, und sorgte für viel Aufruhr in der amerikanischen Politik. Viele Menschen meinten daraufhin, wo auch immer sie vorher politisch gestanden hatten – *jetzt* ging es ihnen in erster Linie darum, für oder gegen den *New Deal* zu sein. Sogar der oben erwähnte Al Smith wurde, größtenteils aus persönlicher Feindschaft gegenüber Roosevelt, zu einem entschiedenen Gegner des *New Deal* und einem Verbündeten der Republikaner. Aber viele idealistische Akademiker, die es vorher in beiden großen Parteien und auch in kleineren Parteien gegeben hatte, entschieden sich jetzt eindeutig für die Demokraten.

Unter den Republikanern gab es viel Streit über die beste Reaktion. Einige meinten, man sollte die Idee des *New Deal* grundsätzlich akzeptieren und nur sagen, er würde zu weit gehen. Andere waren sehr leidenschaftlich gegen alles, was irgendwie mit dem *New Deal* zu tun hatte. Die erste Gruppe schaffte es meistens, den Präsidentschaftskandidaten zu stellen, der dann in der Wahl scheiterte, was bei der zweiten Gruppe immer mehr Frustration, Wut und Verbitterung auslöste. So entstand unter den Republikanern eine Bewegung, die sich in erster Linie durch ihre Unterstützung für eine entschieden unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik identifizierte.

Dazu kamen noch Roosevelts zusätzliche Amtszeiten. Vor ihm war es nach der Verfassung grundsätzlich erlaubt, dass ein Präsident so oft für die Wiederwahl kandidieren durfte, wie er es wollte, aber dass ein Präsident mehr als zwei Amtszeiten lang im Amt war, wurde als etwas angesehen, das sich einfach nicht gehörte. Und dann sagte Roosevelt mehr oder weniger direkt, dass wäre ihm egal, und die schwierige Situation des Landes, erst wegen der Weltwirtschaftskrise und dann wegen des Zweiten Weltkriegs, würde sein Verbleiben im Amt rechtfertigen. Er trat bei insgesamt vier Wahlen an, gewann alle vier, und starb 1945 wenige Monate nach dem Beginn seiner vierten Amtszeit. Danach waren sich viele Leute einig, dass so etwas nie wieder passieren sollte, und ein neuer Zusatzartikel zur Verfassung beschränkte Präsidenten auf zwei Amtszeiten.

## **Die Bürgerrechtsbewegung und andere kulturelle Veränderungen**

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bekam die Bürgerrechtsbewegung unter Schwarzen, die es in verschiedenen Formen seit sehr langer Zeit gegeben hatte, immer mehr Schwung. Ich persönlich denke nicht, dass das ein Zufall war. Schließlich hatte das Land gerade einen sehr leidenschaftlichen Krieg gegen einen sehr entschieden rassistischen Gegner gewonnen, und viele Schwarze hatten dabei als Soldaten gekämpft.

Was auch immer die Gründe gewesen sein mochten, diese Entwicklung sorgte am Ende zu einer dramatischen Neuausrichtung der Parteien, wenn es um das Thema der Beziehungen zwischen verschiedenen Communities ging. Vorher hatten die Republikaner sich traditionell noch mit Stolz als die Partei Lincolns gesehen, und die Demokraten hatten sich sehr auf die zuverlässige Unterstützung der weißen *Dixiecrats* im Süden (siehe oben) verlassen.

Erste Spannungen unter den Demokraten hatte es während Roosevelts Präsidentschaft gegeben. In seiner zweiten Amtszeit verbündeten sich viele *Dixiecrats* im Kongress mit den meisten Republikanern als die Konservative Koalition, und verhinderten, dass weitere *New-Deal*-Maßnahmen beschlossen werden konnten. Das bedeutete erstens, dass sich die *Dixiecrats* nach und nach daran gewöhnen konnten, gemeinsame Sache mit Republikanern zu machen, und zweitens, dass sich die landesweite Parteiführung der Demokraten nicht mehr wirklich auf die *Dixiecrats* verlassen konnte.

Dazu kam der wachsende Einfluss idealistischer Akademiker innerhalb der Demokratischen Partei, von denen sich einige für die Bürgerrechte der Schwarzen einsetzten. Im letzten Teil von Roosevelts Präsidentschaft begannen die Demokraten mit ersten Lippenbekenntnissen zu Bürgerrechtsthemen, taten aber ansonsten nichts. Stattdessen befahl Roosevelt selbst als Präsident während des zweiten Weltkriegs die Einsperrung von Amerikanern japanischer Abstammung in Internierungslagern.

Als der Streit um die Bürgerrechte nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem immer wichtigeren Thema wurde, befahl Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman im Wahljahr 1948 die Aufhebung der Rassentrennung im US-Militär. Bei ihrem Parteitag nahmen die Demokraten ein paar halbwegs ernsthafte Bürgerrechtsforderungen in ihr Parteiprogramm auf. Ein Teil der *Dixiecrats* spaltete sich, erst mal nur vorübergehend, ab, und stellte einen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf, der einige Staaten im Süden gewann. Trotzdem wurde Truman wiedergewählt.

1954 entschied der Oberste Gerichtshof der USA, dass die Rassentrennung in Schulen verfassungswidrig war. Im Süden begannen daraufhin massive Protestaktionen von Weißen mit Unterstützung der örtlichen Behörden, wodurch es größtenteils unmöglich wurde, das Urteil umzusetzen. Dagegen organisierte sich die Bürgerrechtsbewegung, und die intensivste Phase des Kampfes um Bürgerrechte begann. Fotos und Fernsehbilder von massiver Gewalt gegen friedliche

Bürgerrechtsdemonstranten gingen durch das Land und um die Welt. Die Sowjetunion erinnerte gerne die Menschen in den gerade um ihre Unabhängigkeit kämpfenden oder gerade unabhängig gewordenen Kolonien und früheren Kolonien europäischer Länder daran, was in den USA so vor sich ging. Immer mehr Politiker von außerhalb des Südens kamen zu dem Schluss, dass sie doch schon irgend etwas tun sollten.

1957 wurde im Kongress ein sehr zaghaftes Bürgerrechtsgesetz beschlossen, dass für sich genommen nicht viel erreichte. Es hatte aber symbolische Bedeutung, da es die *Dixiecrats* zum ersten Mal seit langer Zeit *nicht* geschafft hatten, ein Gesetz, dass sie entschieden ablehnten, zu verhindern.

Besonders spitzte sich dieser Konflikt 1964 zu. Lyndon B. Johnson war nach der Ermordung John F. Kennedys Präsident und bewarb sich um die Wiederwahl. Im Kongress war der Entwurf für ein weiteres, ernsthafteres Bürgerrechtsgesetz auf dem Weg durch die verschiedenen komplizierten Schritte der Gesetzgebung. Viele Leute setzten sich mit allen Mitteln entweder für oder gegen diesen Gesetzentwurf ein. Nach vielem Hin und Her wurde das Bürgerrechtsgesetz letztendlich beschlossen.

Bei den Republikanern schaffte es währenddessen der extrem konservative Flügel der Partei nach mehreren Jahrzehnten gescheiterter Versuche, beim Parteitag seinen bevorzugten Kandidaten für die Präsidentschaft durchzubringen: Senator Barry Goldwater aus Arizona. Neben anderen extremen oder zumindest von vielen Leuten als extrem angesehenen Positionen war er auch eindeutig gegen das Bürgerrechtsgesetz, angeblich wegen seiner philosophischen Ansichten über die angemessene Machtverteilung zwischen den Bundesbehörden und den Einzelstaaten.

Vor der Präsidentschaftswahl stellten Johnsons Wahlkämpfer Goldwater mehr oder weniger direkt als jemanden dar, der als Präsident einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion anfangen würde. Johnson gewann die Wahl mit gewaltigem Vorsprung, einschließlich in Staaten, in denen sonst fast nie ein Präsidentschaftskandidat der Demokraten gewonnen hatte. Goldwater gewann außer seinem Heimatstaat Arizona nur ein paar Staaten im Süden.

Innerhalb der Republikanischen Partei bedeutete dieses Wahljahr die endgültige oder fast endgültige Niederlage des Establishments des Nordosten, das fast ein Jahrhundert lang der wichtigste Teil der Partei gewesen war. In Zukunft würden die treibenden Kräfte unter den Republikanern Leute sein, die sich selbst bewusst als mutige und rechtschaffene Rebellen gegen eine aus ihrer Sicht schlechte herrschende Ordnung sahen. Allerdings dauerte es noch eine Weile, bis sich das überall herumgesprochen hatte.

Nach der Wahl sah es eine Weile lang so aus, als ob Johnson eine triumphale Präsidentschaft haben würde. Während er im Rest der Welt in erster Linie als der

Präsident des Vietnamkriegs bekannt ist – dazu später mehr – hatte er innenpolitisch andere Arten von Erfolgen. Er baute den Sozialstaat massiv aus und setzte eine ganze Reihe weiterer Reformen zu allen möglichen Themen durch, während seine konservativen Gegner zuerst hilflos und geschlagen wirkten. 1965 brachte er das Wahlrechtsgesetz durch, das Diskriminierung bei der Teilnahme an Wahlen drastisch reduzierte.

Dann kam der Rückschlag gegen all diese Veränderungen und Erneuerungen.

Zunächst kam dieser Rückschlag vor allem von Leuten, die sowieso gegen Bürgerrechte waren. Aber Fernsehbilder und andere Berichte über eine anscheinend nicht abbreißende Reihe von Rassenunruhen ließen sich leicht von Rassisten als „Beweise“ – man beachte bitte die Anführungszeichen – für die Behauptung benutzen, Schwarze wären grundsätzlich aggressiv, es wäre ein Fehler gewesen, ihnen irgend welche Zugeständnisse zu machen, und man könnte nur mit entschlossener Härte gegen sie vorgehen.

Auch ursprünglich eher unentschlossene Weiße stellte sich so immer stärker gegen die Unterstützer von Bürgerrechten. Aus Sicht der Wahlstrategie der Demokraten war es schon schlimm genug, dass sie die meisten Weißen im Süden verloren. Aber jetzt kamen auch viele Nachfahren von weißen Einwanderern aus katholischen Teilen Europas zu dem Schluss, dass Diskriminierung gegen ihre eigenen Gruppen zwar sehr schlimm, Diskriminierung gegen Schwarze aber eigentlich ganz in Ordnung wäre.

Lange Zeit waren die zwei wichtigsten Wählergruppen der Demokraten erstens Weiße aus dem Süden und zweitens weiße Einwanderer aus denjenigen europäischen Ländern, die nicht „Großbritannien“ hießen, und deren Nachfahren. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre verloren sie die größten Teile beider Gruppen.

Und das war noch nicht einmal alles. Denn außer der Bürgerrechtsbewegung gab es in dieser Zeit noch einige andere gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen.

Eine der wichtigsten war die Rebellion eines großen Teils der Jugend. Viele zu der Zeit junge Menschen, die im Wohlstand der boomenden Wirtschaft der 1950er und frühen 1960er Jahre aufgewachsen waren, in den USA wie auch in einigen anderen Ländern, hielten nicht viel von der Gesellschaft, in der sie sich jetzt wiederfanden. Sie kritisierten die Kombination aus braver Konformität und großem Verlangen nach Konsumgütern. Sie hatten oft nicht viel Verständnis dafür, dass viele ihrer Eltern und Großeltern sich gerade deshalb sehr viel für materiellen Konsum interessierten, weil sie Zeiten erlebt hatten, in denen es nicht viele Gelegenheiten dafür gab.

Dazu kam, dass viele dieser jungen Menschen die erste Generation in ihrer Familie waren, die zur Universität ging. So führten die häufigen gegenseitigen Vorurteile zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern zu weiteren Reibungen zwischen ihnen und vielen anderen Menschen, einschließlich in ihren eigenen Familien.

Aus Sicht der rebellischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren die älteren Generationen grau, langweilig, autoritär, ohne eigene originelle Gedanken, verlogen, konformistisch und nur an leerem Konsum interessiert. Aus Sicht vieler Menschen in diesen älteren Generationen waren die rebellischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verwöhnte Bengel, die keine Ahnung hatten, wie schwer das Leben sein konnte, und die nicht zu schätzen wussten, wie hart ihre Eltern gearbeitet hatten, damit es ihnen einmal besser gehen würde.

Und während viele der jungen Rebellen entschieden beide großen Parteien ablehnten, waren andere bereit, es mit Aktivismus im linken Flügel der Demokraten zu versuchen. Bald sahen Wahlkampfstrategen der Republikaner hier eine Chance: sie konnten die Demokraten jetzt nicht nur als eine Partei von randalierenden Schwarzen darstellen, sondern auch noch als eine Partei von langhaarigen jungen Randalierern mit schlechter Hygiene! Aus ihrer Sicht war das wohl zu schön, um wahr zu sein.

Dann kamen noch die nächste Phase der Frauenbewegung und etwas später die Anfänge der Schwulen- und Lesbenbewegung. Auch hier gab es leidenschaftliche Unterstützung von einigen Leuten und starken Widerwillen von vielen anderen Leuten. Auch hier sprachen Wahlkämpfer der Republikaner geschickt die Gruppe der Widerwilligen an.

Nach einer Weile blieben den Demokraten im Wesentlichen als Kern ihrer Koalition noch Schwarze, politisch aktive Studenten, und idealistische Akademiker, die häufig früher mal politisch aktive Studenten gewesen waren. Und seitdem haben Anhänger der Republikaner, wenn sie sich nicht mehr oder weniger direkt auf Hautfarbe konzentrierten, die Demokraten gerne als Partei von angeblich „naiven jungen Leuten ohne Lebenserfahrung“ und „weltfremden hochnäsigen Intellektuellen“ dargestellt. Noch heute gehört das zu ihren Lieblingsbeschäftigungen.

## **Das späte 20. und frühe 21. Jahrhunderts**

In vier der fünf Präsidentschaftswahlen von 1972 bis 1988 – alle außer 1976, nach Richard Nixons Rücktritt durch den Watergate-Skandal – gewannen die Republikaner nicht nur, sondern gewannen mit wirklich überwältigenden Mehrheiten. Meine eigene Vermutung ist, dass diese Zeit ihnen so zu Kopf gestiegen ist, dass sie zu der Überzeugung kamen, es würde ihrer Partei grundsätzlich zustehen, jede Wahl zu gewinnen. Das ist vielleicht Teil der Erklärung dafür, dass sie sich in unserer Zeit nach Wahlniederlagen praktisch immer über angeblichen Wahlbetrug beschwerten.

Eine weitere Entwicklung in dieser Zeit, die den Republikanern sehr half, war der Aufstieg der evangelikalen und fundamentalistischen Christen als wichtige politischen Bewegung. Viele ihrer Vorgänger hatten eine Weile vorher, nach dem Tod des oben erwähnten William Jennings Bryan und dem späteren Scheitern des Alkoholverbots, erst mal das Interesse an der Politik verloren. Sie kamen teilweise zu dem Schluss, die Welt außerhalb ihrer eigenen Kirchen wäre sowieso auf dem Weg direkt in die Hölle, und es wäre sinnlos, dagegen noch etwas machen zu wollen.

Seit den 1940er Jahren kehrte diese Gruppe langsam wieder in die Politik zurück, diesmal überwiegend auf der Seite der Republikaner, und erst mal, ohne dass es viele andere Menschen bemerkten. Dann überzeugten die gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre viele von ihnen, dass sie unbedingt wieder politisch aktiv werden müssten, um das, was aus ihrer Sicht der fast schon unglaublich schlimme moralische Verfall des Landes war, um jeden Preis aufzuhalten. Und so waren sie seitdem einer der wichtigsten Teile, vielleicht sogar *der* wichtigste Teil, der Republikanischen Partei.

Nach einer Weile dieser Entwicklungen kamen einige führende Demokraten zu dem Schluss, man müsste irgendwie gemäßigt konservativen Wählern Kompromisse anbieten, um jemals wieder eine Chance zu haben, Wahlen zu gewinnen. Bill Clinton gewann mit dieser Strategie die Präsidentschaftswahl von 1992, und er wurde in einem gewissen Sinn sogar von führenden Politikern ähnlicher Parteien in anderen Ländern imitiert, wie zum Beispiel von der britischen Labour Party unter Tony Blair und der deutschen SPD unter Gerhard Schröder. Als Präsident baute Clinton große Teile des Sozialstaats ab, was seine Vorgänger aus der Republikanischen Partei versucht, aber nicht geschafft hatten.

Eine andere gesellschaftliche Entwicklung, die diesmal den Demokraten teilweise half, war die immer weitere Verbreitung der Universitätsausbildung. Dies führte dazu, dass Mitglieder der akademischen Mittelschicht, die irgendwann früher in ihrem Leben mal politisch aktive Studenten gewesen waren, von einer kleinen Randgruppe zu einem ernsthaften Anteil der Gesamtbevölkerung wurden. Es kann aber vielleicht auch dazu geführt haben, dass sich die Demokraten zu sehr auf die Interessen und Vorlieben dieser Gruppe konzentrierten, was zu noch mehr Widerwillen bei anderen Leuten führte.

Und schließlich nahm der Anteil von Leuten, deren Hautfarbe etwas anderes als weiß war, an der Gesamtbevölkerung immer mehr zu.

Trotz der massiven Erfolge der Republikaner bei Präsidentschaftswahlen in den 1980er Jahren hatten sie es in dieser Zeit nicht geschafft, das Repräsentantenhaus zu gewinnen. Als sie das in der Zwischenwahl von 1994 dann endlich schafften, war der Demokrat Bill Clinton Präsident. Erst in den 2000er Jahren kontrollierten die Republikaner während der Präsidentschaft von George W. Bush, zum ersten Mal seit

einer kurzen Zeit in den 1950er Jahren, wieder gleichzeitig das Präsidentenamt und beide Kammern des Kongresses. Jetzt konnten führende Politiker der Republikaner auf der Bundesebene praktisch machen, was sie wollten. Und das taten sie dann größtenteils auch. Mit Folgen.

Gegen Ende von Bushs Amtszeit als Präsident wurden die Kriege in Afghanistan und dem Irak von vielen Leuten als blutige Fehlschläge gesehen. Ich überlasse es den Militärexperten, darüber zu streiten, ob sie es auch waren. Und dann brach in seinem letzten Jahr auch noch die Wirtschaft der USA zusammen, gefolgt von der vieler anderer Teile der Welt. Bush selbst wurde jetzt von vielen Menschen als komplett gescheitert gesehen.

Die unmittelbare Folge war, dass der Kandidat der Demokraten, Barack Obama, die Präsidentschaftswahl von 2008 gewann. Aber mittelfristiger bedeutete es auch, dass es jetzt an der Basis der Republikaner sehr viele Leute gab, die *erstens* ihr ganzes Leben lang, oder zumindest große Teile davon, daran gewöhnt gewesen waren, alles, was mit den Demokraten zu tun hatte, zu hassen, aber gleichzeitig auch *zweitens* von der *traditionellen* politischen Führung der Republikanischen Partei zutiefst enttäuscht waren. Sie suchten also nach etwas, was weder mit den Demokraten noch mit der traditionellen Führung ihrer eigenen Partei zu tun hatte. Damit war der Weg frei für Donald Trump. Und den Rest dieser Geschichte erleben wir ja gerade.

Währenddessen sorgten die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme, die anscheinend die traditionell führenden Politiker keiner der beiden großen Parteien wirklich lösen konnten, auf dem linken Flügel der Demokraten zum Aufstieg von Leuten, die sich selbst als demokratische Sozialisten sehen.

Eine kleinere kürzliche Entwicklung bei der Zusammensetzung der internen Koalitionen der beiden großen Parteien war, dass während der COVID-19-Zeit einige Leute, die vorher zu dem Teil der Linken oder des Mitte-Links-Lagers gehört hatten, der sich sehr für „alternative Medizin“ und die Ablehnung der „Schulmedizin“ interessiert, der Meinung waren, die Demokratische Partei würde sie praktisch rauskeln. Sie schlossen sich Trumps Republikanern an, und ihr bekanntester Vertreter, Robert F. Kennedy junior, wurde in Trumps zweiter Amtszeit Gesundheits- und Sozialminister.

Schließlich sollte erwähnt werden, dass fast alle früheren regionalen Unterschiede in der Politik der USA sich im frühen 21. Jahrhundert fast ganz auf den Gegensatz zwischen Großstädten, wo die meisten politisch interessierten Menschen die Demokraten unterstützen, und ländlichen Gegenden, wo die meisten politisch interessierten Menschen die Republikaner unterstützen, reduziert haben. Man hört zwar noch von „blauen“ oder „roten“ Staaten, aber zu welcher dieser Gruppen ein Staat gehört, hängt inzwischen fast vollkommen davon ab, wie groß der Anteil der Großstädte an der Gesamtbevölkerung des Staates ist.



## **Die verschiedenen Teile der Parteien und die Außenpolitik**

Und jetzt das Ganze noch mal von vorne, aber diesmal kürzer und mit Schwerpunkt auf den verschiedenen Einstellungen zur Außenpolitik.

Am Anfang der Zeit, mit der wir uns hier befasst haben, war ein wichtiger Unterschied zwischen den außenpolitischen Positionen verschiedener politischer Lager die Grundhaltung gegenüber den Briten. Die USA hatten sich natürlich gegründet, indem sie ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpften, und auch danach gab es noch lange Zeit immer wieder Konflikte und Zusammenstöße. Für große Teile des 19. Jahrhunderts wurden die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich sowohl von ihren eigenen Bürgern als auch von vielen anderen Menschen in erster Linie als Gegner und Rivalen angesehen.

Die letzten wirklich ernsthaften Spannungen zwischen den beiden Ländern gab es während des Amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865) und in den ersten Jahren danach. Während des Krieges hatten große Teile der britischen Oberschicht mit den Südstaaten sympathisiert, sich aber aus Angst vor der öffentlichen Meinung in ihrem eigenen Land, die zu großen Teilen gegen die Sklaverei eingestellt war, nicht getraut, irgend etwas konkretes in dieser Hinsicht zu unternehmen.

Noch 1867 hatte der Zar von Russland Alaska an die USA verkauft, weil er sich überhaupt nicht mit den Briten verstand, er sich Sorgen machte, dass er Alaska bei einem Krieg nicht gegen das damals noch von den Briten kontrollierte Kanada verteidigen können, und er es darum zur sicheren Aufbewahrung Leuten überlassen wollte, die sich auch nicht mit den Briten verstanden.

Aber die wichtigsten Streitfragen zwischen Amerikanern und Briten aus der Zeit des Bürgerkrieges und der Jahre danach wurden teilweise durch einen Vertrag von 1871 und teilweise durch ein von diesem Vertrag vorgeschriebenes internationales Schiedsgerichtsverfahren von 1872 geregelt. Damit konnten die beiden Länder in der Zeit danach bessere Beziehungen entwickeln.

Wie schon erwähnt, war der wichtigste einzelne Teil der Republikanischen Partei im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert das Establishment des Nordostens der USA. Und in dieser Zeit kam dieses Establishment der britischen Oberschicht immer näher. Teilweise passierte das durch Geschäftsbeziehungen, teilweise durch persönliche Kontakte, teilweise durch bewusste Imitation von persönlichem Stil und Lebensweise und teilweise auch durch Eheschließungen. Sogar Winston Churchills Mutter war Amerikanerin. Einige Mitglieder dieser Gesellschaftsgruppe fingen sogar an, Englisch mit einem Akzent zu sprechen, den man als „amerikanisches Englisch mit einer kleinen Beimischung von britischem Oberschichts-Englisch“ bezeichnen

könnte. Die immer schnelleren Passagierschiffe der Zeit halfen bei dieser Entwicklung mit. Und wenn es nur nach den meisten Mitgliedern des Establishments des Nordostens gegangen wäre, hätten sich die USA wahrscheinlich in beiden Weltkriegen (1914-1918 und 1939-1945) schnell auf die Seite der Briten gestellt.

Aber andere Teile der politischen Landschaft der USA hatten andere Einstellungen. Nach dem Establishment des Nordostens war die nächstwichtigste Gruppe innerhalb der Republikanischen Partei die Bevölkerung ländlicher Gegenden im Mittleren Westen. Und diese Gegenden waren oft zur Zeit ihrer ursprünglichen Kolonisierung durch weiße Siedler von Einwanderern aus Deutschland besiedelt worden. So war der Mittlere Westen besonders in der Zeit vor dem und während des Zweiten Weltkriegs eine Hochburg der Isolationisten, also von Leuten, die der Meinung waren, die USA sollten sich von europäischen Angelegenheiten isolieren. Ihr Einfluss konnte nicht ignoriert werden.

Und was die Demokraten anging, sie hingen, wie schon erwähnt, in dieser Zeit zu einem großen Teil von irischen Wählern ab, die auch nicht von der Idee begeistert waren, Seite an Seite mit Briten in den Kampf zu ziehen. Zusammengenommen waren die Gegner einer Unterstützung der Entente beziehungsweise der Alliierten in beiden Parteien in den ersten Jahren beider Weltkriege stark genug, um erst mal einen Kriegseintritt zu blockieren.

In beiden Fällen lief es darauf hinaus, dass ein Präsident aus der Demokratischen Partei, der gegen Deutschland kämpfen wollte, erst mal vorsichtig manövrierte und darauf wartete, dass entweder Deutschland oder seine Verbündeten etwas taten, das die amerikanische Öffentlichkeit so sehr empörte, dass ein Eintritt in den Krieg politisch möglich wurde. Im Ersten Weltkrieg war das der uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Im Zweiten Weltkrieg waren es erst die deutsche Eroberung großer Teile Europas und dann der japanische Angriff auf Pearl Harbor.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Isolationisten von vielen Menschen als diskreditiert angesehen. Sie scheiterten bei dem Versuch, die Gründung der NATO zu verhindern, schmolten dann erst mal für eine Weile, und bekamen allgemein weniger Aufmerksamkeit. Erst in der Zeit Donald Trumps kamen sie in großem Ausmaß wieder in den Vordergrund zurück.

Inzwischen endete der Chinesische Bürgerkrieg 1949 mit dem Sieg der Kommunisten unter Mao. Und das führte zu einer sehr großen, lang anhaltenden und, aus der Sicht von Leuten, die sich etwas mit anderen Teilen der Welt auskennen, wahrscheinlich vollkommen surrealen Debatte in der amerikanischen Politik.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten viele Amerikaner eine immer stärkere Zuneigung zu ihrer Fantasievorstellung von China entwickelt. Das war ein uraltes,

inzwischen leider in eine unglückliche Lage geratenes, aber immer noch faszinierendes Land, bewohnt von fleißigen und gutmütigen Einheimischen, die sehr dankbar dafür waren, dass amerikanische Missionare ihnen die Segnungen des Christentums und der Zivilisation brachten. Es gab auch andere, auf sehr viel feindseligere Art rassistische Ansichten über China und seine Bewohner, aber das ist ein anderes Thema.

Wenn in dieser Zeit in amerikanischen Kirchen für wohltätige Zwecke gesammelt wurde, war die Missionsarbeit in China einer der beliebtesten dieser Zwecke. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Chinesen zusätzlich noch als tapfere Verbündete gegen Japan dargestellt. Zu der Zeit gab es anscheinend sogar einen Mini-Trend zu Liebesromanen, in denen es um von den Japanern über China abgeschossene amerikanische Piloten und ihre chinesischen Krankenschwestern ging.

Mit der echten Realität in China hatte all das natürlich sehr wenig zu tun. (Und „sehr wenig“ ist hier wohl noch eine Untertreibung.) Aber es führte dazu, dass viele Amerikaner das, was sie sich unter China vorstellten, sehr toll fanden.

Und dann bekam ausgerechnet dieses Land eine kommunistische Regierung. Wie konnte das nur passieren? Sicherlich, dachten viele Amerikaner, musste ihre eigene Regierung sehr geschlampt haben, um so etwas möglich zu machen. Und vielleicht war es sogar mehr als nur Schlamperei. Vielleicht war es offener Verrat.

Immer mehr Leute stellten, traurig, verwirrt oder wütend, die Frage: „*Who lost China?*“ - „Wer hat China verloren?“ Auf die Idee, das Amerika vielleicht China nie hätte verlieren können, weil es China überhaupt gar nicht erst gehabt hatte, kamen viele Menschen nicht. Und die Debatte über diese Frage hatte alle möglichen sehr ernsthaften Folgen.

Erstens war diese Sache einer der Hauptgründe dafür, dass Harry Truman, US-Präsident während der letzten Phase des Chinesischen Bürgerkrieges, für eine Weile von fast allen Seiten als gescheiterter Präsident habe würde. Zweitens war sie wahrscheinlich eine der Grundlagen für die Hexenjagden der kurz darauf folgenden McCarthy-Ära. Drittens trug sie vielleicht mit zum Wahlsieg des Kandidaten der Republikaner, Dwight D. Eisenhower, in der Präsidentschaftswahl von 1952 bei, obwohl sein Status als Ikone des Zweiten Weltkrieges ihn zu der Zeit wahrscheinlich auch ohne diesen Faktor unschlagbar gemacht hätte. Und viertens war sie mit ein Grund für die amerikanische Beteiligung am Vietnamkrieg mit all ihren Schrecken.

Nachdem in den 1950er Jahren der französische Kolonialkrieg im früheren Französisch-Indochina – Vietnam, Kambodscha und Laos - vorbei war, kam es in Vietnam zu einem Krieg zwischen der kommunistischen nordvietnamesischen Regierung und mit ihr verbündeten kommunistischen Guerilleros in Südvietnam auf

der einen Seite und der antikommunistischen südvietnamesischen Regierung auf der anderen Seite. 1961 wurde der Demokrat John F. Kennedy Präsident und sah sich die Situation in Vietnam an. Er dachte, dass die kommunistische Seite diesen Krieg vielleicht gewinnen könnte. Und er wusste noch sehr genau, was aus dem politischen Ruf der Demokratischen Partei und dem von Harry Truman persönlich geworden war, als während Trumans Amtszeit Kommunisten einen Bürgerkrieg in China gewonnen hatten.

Kennedy schickte immer mehr Unterstützung an die antikommunistische Seite in Vietnam. Sein Nachfolger Lyndon B. Johnson verstärkte diese Unterstützung so sehr, dass bald im wesentlichen der ganze Krieg vom US-Militär geführt wurde. Egal wie schlecht der Krieg lief, egal wie viele Proteste es dagegen gab, Johnson dachte sich anscheinend immer wieder: *Ich kann auf keinem Fall der Präsident sein, unter dem ganz Vietnam kommunistisch wurde! Meine konservativen und rechten Gegner würden das ausnutzen, um meinen Ruf, meine Präsidentschaft, meinen Platz in der Geschichte, und mein ganzes Lebenswerk zu zerstören!*

Das ist jetzt absolut nicht als Verteidigung oder Rechtfertigung der unter Johnson begangenen amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam gemeint. Aber es ist interessant, dass Johnson praktisch seine eigene Präsidentschaft zum Scheitern verurteilte, indem er etwas machte, was seiner eigenen Einschätzung nach die einzige mögliche Art war, das Scheitern seiner Präsidentschaft zu *verhindern*.

In den Jahrzehnten und Generationen nach dem Ende des Vietnamkrieges gab es bei den Demokraten häufig interne Konflikte und Spannungen. Auf der einen Seite standen und stehen dabei Menschen, die vielleicht als junge Menschen gegen den Vietnamkrieg demonstriert hatten, und ähnlich denkende Menschen aus jüngeren Generationen, die von Kriegen der USA wenig oder gar nichts hielten. Auf der anderen Seite diejenigen, die entweder aus Überzeugung oder aus Angst davor, von den Republikanern als „schwach“ dargestellt zu werden, alle möglichen Kriege unterstützen. Die Republikaner änderten während dessen ihre Meinung zu Kriegen der USA häufig je nachdem, ob sie von einem ihrer eigenen Präsidenten oder von einem Präsidenten der Gegenpartei geführt wurde.

Nachdem die Kriege der USA in Afghanistan und dem Irak so gelaufen waren, wie sie liefen, wurden größere Kriege im Land selbst immer unbeliebter, und bei den Republikanern gab es eine Rückkehr der Isolationisten. Donald Trump trat bei Wahlen teilweise mit der Botschaft an, sowohl die Demokraten als auch die eher „traditionellen“ Republikaner würden dauernd Kriege anfangen, und er selbst würde das nicht machen. Ein weiterer Kommentar dazu sollte inzwischen wohl nicht mehr nötig sein.

Das ist alles. Danke fürs Lesen!